

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 Mt.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Griech-Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 75.

Berlin, Sonnabend, 18. September 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Klarheit. — Vorsicht beim Eintritt in Hilfskrankenassen! — Die Gründung von Gewerkschaftshäusern. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Klarheit!

Der Zentralrat, der in seinen letzten Sitzungen eingehend die Stellung der Deutschen Gewerksvereine zum Hansabunde erörtert hat, ist, wie bereits mitgeteilt wurde, zu dem Resultat gelangt, daß bei aller Billigung und Anerkennung der wirtschaftspolitischen Bestrebungen des Hansabundes ihm gegenüber zunächst noch eine abwartende Stellung angebracht sei. Verschiedene Vorwissenisse der letzten Zeit haben diese Haltung durchaus gerechtfertigt. Es hat nicht an Kundgebungen aus Unternehmertum gefehlt — wir erinnern nur an Herrn Dr. Tille —, in denen offen verlangt wurde, der Hansabund müsse auch zu sozialpolitischen Fragen Stellung nehmen. Dabei muß allerdings hinzugefügt werden, daß der Vorsitzende des Hansabundes, Geheimrat Kießer, ausdrücklich eine solche Stellungnahme abgelehnt hat. Bestremdet hat aber auch die recht widersprüchliche Haltung des Arbeiters gegenüber, die den Wunsch hatten, Mitglied des Hansabundes zu werden. An manchen Orten war man lebhaft bemüht, sie für den Eintritt zu gewinnen; an anderen Orten wieder hat man ihnen mit dürren Worten gesagt, daß sie im Hansabund nichts zu suchen hätten. Bestremdet hat es weiter in der Arbeiterschaft erregt, daß in den Vorstand des Hansabundes zahlreiche Männer mit ausgesprochen scharfmacherischer Gesinnung gewählt worden sind. Wir brauchen keine Namen zu nennen, sie sind bekannt genug. Gemiß, der Hansabund hat die Absicht, lediglich wirtschaftspolitische Tendenzen zu verfolgen. Er will aber auch, wie in der Gründungsversammlung festgelegt worden ist, bei den politischen Wahlen Kandidaten aufstellen. Da könnte es immerhin vorkommen, daß hier oder da so ein echter Scharfmacher als Kandidat nominiert und auch gewählt wird. Nun werden aber in den Parlamenten nicht allein wirtschaftspolitische Fragen erörtert, sondern auch sozialpolitische, zu denen der Gewählte dann Stellung zu nehmen hat. Auf diese Weise würde der Hansabund vielleicht ungewollt das Scharfmachertum in den Parlamenten stärken und die Sozialpolitik hemmend beeinflussen.

Diese und ähnliche Erwägungen sind die Ursache gewesen, weshalb der Zentralrat empfiehlt, sich dem Hansabund gegenüber zunächst abwartend zu verhalten. Wie berechtigt diese Stellungnahme war, das zeigt auch der letzte Leitartikel der „Deutschen Arbeiter-Ztg.“, die jetzt, wo man dazu übergeht, die präzise Festlegung des Bundesprogramms in Erwägung zu ziehen“, die Zeit für gekommen hält, ihre Forderungen geltend zu machen, und sie tut dies mit erfreulicher Deutlichkeit, so unverstört, wie es im übrigen nur die Herren Agrarier noch tun können. Nach der Meinung der „Arbeiter-Zeitung“ hat sich der Hansabund lediglich der Wünsche der deutschen Arbeitgeber anzunehmen, deren enthusiastisches Eintreten für den Bundesgedanken zum überwiegenden Teil der Zubericht entsprungen sein soll, „daß die zu schaffende Vereinigung vor allem auf sozialpolitischen Gebiete zum Rechten sehen

werde; wie denn in dieser Zubericht ja auch konkurrierende Bestrebungen ähnlicher Art, die auf die gemeinsame Vertretung der Sache der Arbeiterschaft abzielten, vorläufig beiseite gelegt worden sind“.

Mit diesen dunklen Andeutungen will das Scharfmacherblatt wohl auf die Bestrebungen hinweisen, die auf eine politische Vertretung des Unternehmertums abzielen. Die „Arbeiter-Zeitung“ billigt es nicht, „daß den bisherigen Kundgebungen des Hansabundes mehr oder weniger die Tendenz innewohnt, jedem Anknüpfen der sozialpolitischen Frage vorsichtig aus dem Wege zu gehen“. Diesem Bestreben kann das Blatt unmöglich Gefolgschaft leisten. „Hier muß also Klarheit geschaffen werden! Die deutschen Arbeitgeber dürfen verlangen, daß der Hansabund, auf den sie so weitgehende Erwartungen gesetzt haben, jedes Versteckspielen in sozialpolitischer Hinsicht aufgibt und unumwunden erklärt, daß er, wie es das Wohl von Gewerbe, Handel und Industrie unter allen Umständen verlangt, eine seiner Hauptaufgaben darin erblickt, der unheilvollen Entwicklung der Dinge auf sozialpolitischem Gebiet tatkräftig und entschlossen entgegenzutreten!“ Und an einer anderen Stelle wird verlangt, daß in dem Programm des Hansabundes klipp und klar und ohne jeden Vorbehalt zum Ausdruck gelangen müsse, „daß sich der Bund in jeder Hinsicht die sozialpolitischen Anschauungen des gewerblichen Unternehmertums zu eigen macht“.

An Deutlichkeit lassen diese Forderungen, wie gesagt, nichts zu wünschen übrig. Aber das Herz der „Arbeiter-Zeitung“ schlägt auch warm für die Angestellten und Arbeiter. Sie müssen aber, wie man wohl zu sagen pflegt, „tubenrein“ sein. Von den Arbeitern sollen nur diejenigen Lohnarbeiter der Ehre teilhaftig werden, Mitglieder des Hansabundes zu sein, „welche es verschmähen, das Heil der Zukunft im Gewerkschaftsgedanken zu erblicken“. Es ist nicht zweifelhaft, daß in der „Arbeiter-Zeitung“ der Begriff „Gewerkschaft“ alle Arbeiterorganisationen ohne Unterschied umfaßt. Das heißt dann mit anderen Worten, die Selben will man allenfalls als Mitglieder des Hansabundes gelten lassen. Das ist ein ganz genialer Gedanke. Es gibt tatsächlich kein besseres Mittel, anständige Arbeiter vom Hansabund fernzuhalten, als wenn man die Selben als Mitglieder aufnimmt.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die „Arbeiter-Zeitung“ einen gewissen Einfluß besitzt. Steht doch hinter ihr eine ganze Anzahl von mächtigen Unternehmerverbänden, deren Mitglieder sicherlich zum großen Teile auch dem Hansabund angehören und versuchen werden, dort ihre Anschauungen zur Geltung zu bringen. Deshalb ist es notwendig, daß man auf solche Kundgebungen der „Arbeiter-Zeitung“ hinweist und ihre eventuellen Folgen gebührend kennzeichnet. Die „Arbeiter-Zeitung“ vertritt schroff und rücksichtslos die Interessen des Unternehmertums. Der von ihr lange Zeit verteidigte Plan, die Industrie politisch zu organisieren, hat so wenig Gegenliebe gefunden, daß sie ihn schließlich aufgegeben hat. Jetzt glaubt sie eine passende Gelegenheit gefunden zu haben, diesen Plan, wenn auch in einer anderen Form, zu verwirklichen. Das geht ganz deutlich

aus dem besprochenen Artikel hervor. Es ist auch zu erwarten, daß die Intermänner der „Arbeiter-Zeitung“ die Absichten des Blattes im Hansabund zu verwirklichen versuchen werden. Da können auch wir unbedingt Klarheit verlangen. Wohl müssen wir zugeben, daß seitens des Vorsitzenden des Hansabundes sowohl in öffentlichen Erklärungen, als auch in persönlicher Rücksprache mit führenden Kollegen unserer Organisation mit aller Entschiedenheit ausgesprochen worden ist, daß sich der Hansabund von jedweder sozialpolitischen Tätigkeit fernhalten werde. Wir zweifeln nicht, daß der Vorsitzende an diesem Grundsatz festzuhalten entschlossen ist. Aber ein Vorsitzender ist noch nicht der Vorstand und auch nicht die Organisation selbst. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß derartige Kundgebungen wie in der „Arbeiter-Zeitung“ schließlich eine Aenderung in der Taktik herbeiführen können. Deshalb müssen wir verlangen, daß der Vorstand des Hansabundes so schnell und so deutlich wie möglich zu erkennen gibt, daß er nach wie vor entschlossen ist, seine Tätigkeit einzig und allein auf das wirtschaftspolitische Gebiet zu beschränken, d. h. dem Agrarierium ein Gegengewicht zu schaffen, seine Uebermacht zu bekämpfen. Ohne eine solche Erklärung besteht die Gefahr, daß das Mißtrauen der Arbeiter, das ohnehin schon groß genug ist, noch verstärkt wird und die abwartende Haltung sich in eine ablehnende umwandelt. Also mehr Klarheit!

Vorsicht beim Eintritt in Hilfskrankenassen!

Obgleich immer und immer wieder in der Presse und sogar von Seiten der Behörden vor dem Eintritt in einzelne Hilfskrankenassen gewarnt wird, gibt es doch immer genügend Leute, die sich vom äußeren Schein blenden, sich von Agenten, die ihre Erlisten darin finden, überreden lassen, diesen oft recht zweifelhaften Hilfskrankenassen beizutreten, um nachher, wenn sie die Leistungen dieser Klassen in Anspruch nehmen wollen, einsehen zu müssen, daß sie gründlich hineingefallen sind. Es ließen sich Dutzende von Fällen anführen, in denen Mitglieder dieser Klassen das Krankengeld usw. nicht erhielten, weil die Kaufschuparagraphen es den betreffenden Vorständen ermöglichen, in irgend einer Art und Weise sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Nur einige Fälle seien hier angeführt:

Der Arbeiter Julius B. zu Duisburg trat am 1. Juni 1907 der „Westdeutschen Versicherungs-, Kranken- und Unterstützungs-Kasse für ganz Deutschland“, Eingetragene Hilfskasse Nr. 88, Sitz Köln a. Rh., als Mitglied bei. Gemessenhaft wurde der bei der Aufnahme vorgelegte Fragebogen ausgefüllt und unterschrieben. Fast volle zwei Jahre zahlte B. pünktlich seine Beiträge, in der Erwartung, gegebenenfalls auch die Leistungen der Kasse in Anspruch nehmen zu können. Doch weit gefehlt! Was jedem anderen passieren kann, passierte auch B. Er wurde am 16. Mai d. J. krank und war infolgedessen auch erwerbsunfähig. Nach Erledigung aller Formalitäten, die nicht gering find, glaubte B. jetzt auch in den Genuß der Kas senleistungen zu kommen. Hierin sah er sich jedoch bitter getäuscht. Erob mehrfacher Mahnung blieb das Krankengeld aus. Da entschloß sich B., persönlich beim Vorstand in Köln vorzusprechen. Die Antwort desselben lautete: „Jahren Sie nur ruhig wieder nach Hause, das rückständige Krankengeld im Betrage von 100 Mark wird Ihnen in den nächsten Tagen zugestellt. Sie bekommen darüber noch

unfrankiert befördert. Niemals schreibe man an den Verlag der betreffenden Zeitung, denn der kennt seine Postabonnenten gar nicht, sondern nur die Gesamtzahl der aufzuliefernden Zeitungen. Der Verlag zahlt für die Verteilung an die verschiedenen Postämter und Abonnenten eine Gebühr, die nach der Erfindungsweise und dem Gewicht bemessen wird, hat aber im übrigen keinen Einfluß auf den Gang der Dinge. Man wende sich also stets an das zuständige Postamt und beschwere sich eventuell bei der Direktion. J. E.

Anmerkung der Redaktion: Wir bringen vorstehende Zuschrift eines Kollegen, der anscheinend die Sache praktisch erprobt hat, hiermit unseren Lesern zur Kenntnis.

Möge sie dazu beitragen, unserm Organ eine immer größere Zahl von Lesern zu sichern. Der geringe Preis sollte jedem zum Abonnement veranlassen. Die Bestellung selbst ist, wie vorstehend gezeigt, äußerst einfach. Also auf zur Agitation für den „Gewerkverein“!

Im Festgewande ist die letzte Nummer des „Regulator“ erschienen. Fünfundzwanzig Jahre sind es in diesem Monat, daß unter diesem Namen das Organ des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter erscheint. Auf der außerordentlichen Generalversammlung zu Berlin im Jahre 1884 wurde die Gründung eines eigenen Organs beschlossen. Am 8. September erschien eine Probenummer und, da diese Anklage fand, am 19. September die Nr. 1 des ersten Jahrganges. Zum Redakteur wurde der Vorsitzende des Generalrats, Kollege Hugo Kamin, gewählt, der die Schriftleitung bis zum Chemnitzer Delegiertentage im Jahre 1905 innehatte und vom jetzigen Redakteur, Kollegen Gleichauf, abgelöst wurde.

Der Bedeutung des Jubiläums entsprechend, haben die führenden Kollegen des Gewerkvereins zur Festnummer Beiträge geliefert. Die Entwicklung des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter behandelt der Generalsekretär Kollege Gustav Hartmann. Sein Stellvertreter, Kollege F. Dornblüth, beschäftigt sich mit dem Aufbau und der Organisation der Deutschen Gewerkschaften. Ueber das Massenwesen der Hauptverwaltung des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter schreibt der Schatzmeister Heinrich Waldt. Das Massenwesen der Ortsvereine und Agitationsbezirke wird vom stellvertretenden Schatzmeister Alb. Strubelt behandelt. Ein Artikel des Kollegen Jos. Trabert beschäftigt sich mit der Entwicklung der agitatorischen Einrichtungen innerhalb des Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Die Stellung des Gewerkvereins in der Arbeiterbewegung erörtert F. Schumacher. Paul Kauer behandelt den Zusammenschluß des Gewerkvereins der Klempner und Metallarbeiter mit dem Gewerkverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, und Kollege E. d. Jordan hat einen Aufsatz geschrieben: Aus der Berliner Bewegung. Durch diese Beiträge erhält die Festnummer erhöhte Bedeutung, denn sie liefert auch ein reiches agitatorisches Material. Wir wünschen unserem Bruderorgan zu seinem Jubiläum, daß es ihm gelingen möge, die Ideen der Gewerkschaften in immer weitere Kreise der Arbeiterchaft hineinzutragen, daß es ihm vergönnt sei, echten Gewerkschaftsgeist in die Herzen seiner Leser zu pflanzen. Mögen die schweren Kämpfe, die der „Regulator“ nach mehreren Fronten zu führen hat, seine Kraft stärken. Möge er unserer Bewegung die Wege ebnen helfen und es ihm beschieden sein, mit dazu beizutragen, daß den Deutschen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung diejenige Stellung eingeräumt wird, die ihnen nach ihrer Geschichte zukommt.

Die bekannten Dufschlepperräder beschreitet die Reichsleitung der Eisenbahner vom Transportarbeiterverband, Verwaltung Breslau, im Kampfe gegen den Gewerkverein der Deutschen Eisenbahner. In der sozialdemokratischen „Breslauer Volksmacht“ werden zunächst alle Verdächtigungen aufgewacht und dann die Gewerkschaften bestraft, daß sie eine Stätte der Denunziation geworden seien. Gegen den Kassierer des Ortsvereins der Eisenbahner zu Breslau, Kurnoth, wird der Vorwurf erhoben, er habe böswillig einen Arbeiter, der Mitglied des Transportarbeiterverbandes ist, denunziert und ihn dadurch aus der Arbeit gebracht. Eine solche Mitteilung machte uns auch feinerzeit die Verwaltung des Transportarbeiterverbandes. Gelegentlich einer Reise wurde durch

uns die Sache unterjocht. Wir stellten dabei auch durch Mitsprache bei den maßgebenden Stellen folgendes fest:

Der entlassene Arbeiter John hatte in einer gegnerischen Verammlung, in welcher Kurnoth nicht anwesend war, die Gewerkschaft als Denunzianten bezeichnet. Da er schon vorher mehrmals diese Verleumdung ausgedrückt und dabei in demagogischer Weise gegen S. denselben Vorwurf erhoben hatte, wurde John in der Werkstatt von K. zur Rede gestellt und aufgefordert, Beweise für seine Äußerungen zu erbringen. Die Auseinandersetzung artete in einen Streit aus, und K. stellte in Aussicht, er werde, um endlich mal Ruhe zu bekommen, sich vom Baurat bestätigen lassen, daß er noch niemals denunziert habe. Erregt über die Vorwürfe wandte sich K. an den Baurat und wurde von diesem auf den Weg der gerichtlichen Klage verwiesen. Der Vorgang führte dann zu einer Unterjochung gegen J., die Arbeiter sind über die Vorgänge in der Verammlung des Transportarbeiterverbandes gehört worden, und hierbei sind jedenfalls, aber ohne Schuld von K. oder irgend eines Gewerkschafters, die sogenannten ordnungsfeindlichen Äußerungen von J. festgestellt worden, die zu seiner Entlassung führten.

Wir ideuen uns keineswegs, unser Bedauern über den Ausgang der Sache zum Ausdruck zu bringen. K. hat seine Ehre schützen wollen gegen die verleumderischen Verdächtigungen und hätte auch unserer Ansicht nach besser getan, den J. vor die Schranken des Gerichts zu fordern. Die tiefere Ursache zu dem bedauerlichen Zwischenfall haben aber die Führer der Gegner gegeben, die verärgert durch die Erfolge, die unsere Eisenbahner auch bezüglich der Verbesserung der Lage z. B. der Güterbodenarbeiter errungen haben, nun die Arbeiter gegenfeindlich aufsuchten und die ganze Sache nur inzentriert haben, um ihre Bewegung zu stärken. Darauf läßt auch die Aufforderung der „Breslauer Volksmacht“ schließen, welche die Eisenbahner ermahnt, aus dem Gewerkverein auszuscheiden und in den Eisenbahnerverband einzutreten. Gegen K. von unserer Seite vorzugehen, lag kein Anlaß vor, da er ohnehin selbst erklärt hat, zurücktreten zu wollen.

Eine Reichstagswahl sollte im Wahlkreise Eisenach stattfinden, nachdem der dortige kompromittierte deutsch-nationale Handlungsgehilfenführer Schad das Mandat niedergelegt hatte. Die an der Wahl interessierten Parteien hatten bereits ihre Kandidaten aufgestellt. Eine Leipziger Zeitung war dabei auf den originellen Gedanken gekommen, den früheren Reichstagsführer Fürsten Bülow als Kandidaten aller bürgerlichen Parteien zu empfehlen. Der Vorschlag hatte lebhaften Anlauf in der Presse der verschiedenen Parteien gefunden. Allen diesen Erörterungen hat nun Fürst Bülow dadurch ein Ende gemacht, daß er die Annahme der Kandidatur abgelehnt hat. Er wünscht, politisch nicht mehr in die Deffentlichkeit zu treten. Inzwischen ist es überhaupt wieder fraglich geworden, ob es zu einer Reichstagswahl kommt. Denn wie die „Samb. Nachr.“ mitteilen, beruht die Meldung von der Mandatsniederlegung des Abg. Schad auf einem Irrtum. Eine solche sei überhaupt noch nicht erfolgt. Auch das Bureau des Reichstages läßt bekanntgeben, daß ihm eine diesbezügliche Anzeige des Abg. Schad bisher nicht zugegangen sei.

Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so würde das auf die Abgebrühtheit des verflorenen deutsch-nationalen Führers ein großes Schlaglicht werfen. Bei der demagogischen Rücksichtslosigkeit, die diesen Herrn von jeher ausgezeichnet hat, braucht man sich darüber allerdings nicht groß zu wundern.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Steinbrucharbeiter im Solnhofener Lithographensteingebiet ist beendet. Nach mehrmonatlichem Kampfe wurde die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. — Seit längerer Zeit stehen in Leipzig die Mühlensarbeiter in einer Lohnbewegung. Der Arbeitgeberverband der sächsischen Mühlenindustrie lehnt es ab, mit den Organisationsvertretern zu unterhandeln. Danach ist es nicht ausgeschlossen, daß es zum Kampfe kommt. — Die Ausstände der Holzarbeiter in Mannheim-Ludwigshafen und in Heidelberg haben den Verband der Schreinermeister und die Landesorganisation badischer Schreinerinnungen zu dem Beschluß veranlaßt, in Südb- und Westdeutschland eine allgemeine Aussperrung der Tischler vorzunehmen. Am kommenden Sonnabend soll damit begonnen werden.

Die französischen Eisenbahnbeamten beabsichtigen, in eine Bewegung zur

Erhöhung ihrer Löhne einzutreten. Berechtigt wird das Verlangen mit der allgemeinen Steigerung der Lebensmittelpreise. — Der Kampf in Schweden dauert noch immer fort, wenn sich auch die Anzeichen dafür mehren, daß er seinem Ende entgegengeht. Trotz der hier und da entstehenden Konflikte haben die Arbeiter fast überall ihre Beschäftigung wieder aufgenommen. Selbst in denjenigen Betrieben, die zum schwedischen Arbeitgeberverband gehören, wird zum Teil wieder gearbeitet. Das geht auch daraus hervor, daß die Zahl der noch feiernden Arbeiter auf unter 140 000 gesunken ist. Die Regierung tut leider noch immer keine ernstlichen Schritte, um dem das Wirtschaftsleben des Landes schwer schädigenden Kampfe ein Ende zu machen.

Die Entschädigungen an Tabakarbeiter, die durch die Steuererhöhung arbeitslos geworden sind, können oft nur nach den größten Schwierigkeiten erlangt werden. Wie bürokratisch und langsam das Verfahren ist, lehrt folgende, der „Südd. Tabakztg.“ aus Waunzen zugegangene Zuschrift:

„Mehrere Tabakarbeiterinnen machten am 11. August an das Hauptsteueramt Waunzen die Mitteilung, daß sie mit 17. oder 18. August wegen Mangel an Aufträgen von ihrer bisherigen Arbeitsstelle auf unbestimmte Zeit entlassen worden sind und baten vom 15. resp. 17. an um die ihnen aus § 2a des neuen Tabaksteuergesetzes zukommende Entschädigung für die Dauer der Arbeitslosigkeit. Die Leute wurden von Schulzeuten besucht, und wurden hier und dort hin bestellt, in jedem Falle über alles Mögliche und Unmögliche befragt; es wurde sogar festgestellt, daß die Leute für eine andere Arbeit nicht zu verwenden sind, aber trotzdem — — — eine Unterstützung haben die Leute bis heute den 8. September noch nicht bekommen. Also nach vier Wochen eine Sache noch nicht erledigt, wobei es sich um eine Unterstützung oder Entschädigung der Ärmsten handelt, die das neue Brot sofort brauchen, wenn das alte alle ist.“

Nur eine einzige Arbeiterin, die absolut nichts mehr zu essen hatte, soll, wie hinzugefügt wird, aus der Stadt eine Unterstützung von — 3 Mark erhalten haben.

Die Gewährung dieser Entschädigung rechnen sich die christlichen Gewerkschaftsführer, die die Steuerreform haben durchbringen helfen, bekanntlich als eine soziale Großtat an. Obige Ausführungen lassen ihren Wert am besten erkennen.

Koalitionsrechtsraub. Die Firma Gebrüder Dippe in Quedlinburg hat die bei ihr beschäftigten Gärtnergehilfen, die in unserem Gewerkverein der Gärtner organisiert sind, aufgefordert, aus dem Gewerkverein auszuscheiden oder das Arbeitsverhältnis aufzugeben. In einer Versammlung am Mittwochabend, die so zahlreich besucht war, wie dies Quedlinburg bisher kaum je erlebte, sprach unser Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt über diese Vergewaltigung. In dem einmütigen, stürmischen Beifall, den unser Redner fand, kam der Wille zum Ausdruck, die Gewerkschaften in diesem Kampfe um das Recht der Organisation zu unterstützen. Ausführlicher Bericht folgt.

Die Berliner „Volkszeitung“ hat sich wieder einmal einen Bären aufzubinden lassen. Wenn es sich für das Blatt darum handelt, sich in der ihm eigenen Art „gewerkschaftsfreundlich“ zu zeigen, dann stellt es seine Spalten gern den verlogenen Angriffen auf unseren Verbandsvorsitzenden zur Verfügung.

Dieses Mal handelt es sich um eine Zuschrift, in der die Kandidatenfrage in Halle behandelt wird. Darin wird behauptet, daß die Gewerkschaften in Halle die Unterstützung einer Kandidatur unseres Vorsitzenden abgelehnt hätten. Wir hängen diese gemeine Lüge tiefer; eine Widerlegung verdient sie nicht. Die anderen Behauptungen des Blattes sind ebenso falsch. Vor allem auch diese, daß unser Vorsitzender die Uebernahme der Reichstagskandidatur von der Gewährung des sicheren Landtagsmandats abhängig gemacht oder beide Mandate verlangt habe. Unser Vorsitzender hat weder diese Bedingung gestellt, noch das Verlangen gehabt, beide Mandate zu besitzen. Hier hat der sogenannte „Gewerkvereiner“, der der „Volkszeitung“ diesmal den Bären aufgebunden hat, nur was läuten hören, ohne zu wissen, wo die Gloden hängen.

Armenunterstützung und Wahlrecht. Das Gesetz über die Einwirkung der Armenunterstützung auf das Reichstagswahlrecht bestimmt, daß als Armenunterstützung nicht anzusehen sind: Krankenunterstützung, die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege, Unterstützung zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder

